

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsbüro: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Postkonto: 5431, Staatsbank, Dresden.  
Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, A.-G., Dresden.  
Schriftleiter: Arndt, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art ist es durch oder ohne Einschluß höherer Behörden, hat der Besitzer der Druckerei Bestätigung keinen Einfluß auf Rückführung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Beträge.

Abgabe eines einjährlichen Abonnementes mit der täglichen Unter-  
stützung des Abonnementenbesitzers, außerdem Post und Zeit-  
ungsmittel 2,40 RM, halbjährlich 1,20 RM, Einzelnummer 10 Pf.  
Kleinanzeigen: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 5281. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 5281 und 12707.  
Belastungstag von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 10 mm breite Monographe  
zeile 25 Pf., die 90 mm breite Monographe 200 Pf., für auswärts  
Anzeigen 40 Pf., und 250 Pf., wenn in mehreren Zeilen und über  
mehrere 40 Pf. Abat. für Preisveränderung 10 Pf.

Nr. 190

Dresden, Mittwoch den 15. August 1928

39. Jahrg.

## Ausbau der Krisenfürsorge

Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung auf 39 und 52 Wochen

Die Krisenunterstützung wird auf Grund der vom Reichstag im Juli aufgestellten Forderungen vom Reichsarbeitsminister im Verordnungsweg nunmehr neu geregelt. Der Kreis der Personen, die zur Krisenunterstützung zugelassen sind, war bisher im wesentlichen beschränkt auf die Arbeitslosen bestimmter Berufsgruppen (Büroangestellte, Metall- und Maschinenindustrie, Leder-, Holz- und Bekleidungsindustrie, Angestelltenberufe). In diesen Berufsgruppen tritt nunmehr auch die Glasindustrie sowie das Bühnenpersonal der Theater und der Lichtspielunternehmungen hinzu. Un- und angelernte Fabrikarbeiter werden unter den gleichen Bedingungen, unter denen sie bisher von den Landesarbeitsämtern zur Krisenunterstützung zugelassen werden konnten, künftig Krisenunterstützung erhalten, ohne daß es einer besonderen Zulassung durch das Landesarbeitsamt bedarf. Die Besugnisse der Vorsitzenden der Landesarbeitsämter, die Krisenunterstützung weiteren Berufsgruppen zukommen zu lassen, wird erweitert. Wichtig ist besonders, daß die Landesarbeitsämter auch Angehörige des Spinn- und Webgewerbes zur Krisenunterstützung zulassen können, soweit ein Bedürfnis dazu besteht. Die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter dürfen ferner die Krisenunterstützung auf weitere Berufsgruppen für Gemeinden mit nicht mehr als 2000 Einwohnern ausdehnen, in denen infolge außerordentlicher Ereignisse oder Umstände ein langanhaltender

schwerer Notstand auf dem Arbeitsmarkt besteht. Für größere Gemeinden behält sich der Reichsarbeitsminister vor, entsprechende Maßnahmen selbst zu treffen.

Die Höchstbezugsdauer der Krisenunterstützung wird für Arbeitslose, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, nunmehr

auf 52 Wochen verlängert.

Für die Arbeitslosen unter 40 Jahren ist die Verlängerung der Unterstützungsdauer von 26 auf 39 Wochen vom Kabinett grundsätzlich beschlossen worden, obwohl sie, wie verlaute, eine nicht unerhebliche Mehrbelastung der Reichsfinanzen bedeutet. Die Frage, wann die Verlängerung der Unterstützungsdauer für die Arbeitslosen unter 40 Jahren in Kraft treten soll, ist einstweilen noch offen. Die Neuregelung tritt am 20. August in Kraft.

### Deutsch-französischer Arbeiteraustausch

SPD. Im Reichsarbeitsministerium sind Verhandlungen zum Abschluß gebracht worden, die es deutschen und französischen Arbeitern und Angestellten möglich machen sollen, ihre beruflichen und sprachlichen Kenntnisse im Nachbarland zu veranschaulichen. Es sollen ohne Rücksicht auf die Lage des Arbeitsmarktes 500 deutsche Arbeiter und Angestellte in Frankreich und ebensoviel französische in Deutschland zur Beschäftigung gelangen.

## Probleme der Internationale

Betrachtungen zum Brüsseler Kongreß

Von Hermann Fleißner

Der Kongreß in Brüssel kann für die internationale sozialistische Bewegung von besonderer Bedeutung werden. Er kann es werden! Bisher hatte sich die neue sozialistische Internationale nach dem strikten mit dem Aufbau der Organisation zu beschäftigen. Wir wissen, daß es kein leichtes Werk war, die divergierenden Meinungen, die während des Kriegs entstanden und lange nachwirkten, wieder unter einen Hut zu bringen. Durch Übung zur Klärung. Nunmehr kann man die größten Schwierigkeiten als überwunden bezeichnen. Vielleicht ist es etwas optimistisch ausgedrückt, wenn man die Brüsseler Tagung als die stärkste und eindrucksvollste bezeichnet von allen internationalen, die bisher stattfanden. Seit 1897 bemüht sich der Sozialismus, der Probleme Herr zu werden, die ihm in der Welt mit ihren staatslichen Verschiedenheiten stets gestellt waren. Der Weltkrieg hat Lehren gegeben, die nicht spurlos an dem ersten Willen zur Einheit und Einigkeit in der Aktion vorbeigehen konnten. Noch sind in Brüssel die letzten Konsequenzen nicht gezogen, aber doch stark angedeutet worden. Wenn der durch die Beschlüsse eingeschlagene Weg kräftig durchschritten, auf ihm nicht wieder haltgemacht wird, dann kann der Weltsozialismus hoffnungsvoll in die Zukunft sehen. Noch durchzieht ein gut Teil Mißtrauen die Absichten und Beschlüsse. Hier wird bestimmt die Entwicklung nachhelfen. Nicht nur der gute, sondern auch der ernste Wille, eventuell letzte Konsequenzen zu ziehen, scheint da zu sein.

Nach dem erfolgreichen Aufbau der Organisation konnte in Brüssel zum ersten Male seit dem ersten sozialistischen Kongreß in Genèbe die Stellung genommen werden. Völkerverbund- und Schiedsgerichtsgedanke spielten eine große Rolle in den Verhandlungen. Durch alle Reden aber zog sich wie ein roter Faden eindrucksvoll die Ansicht: nicht auf Vertrauen auf politische-friedliche Gerichte, auf das kapitalistische Vorgehen, entscheidend wird letzten Endes die Aktion und die Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse aller Länder sein! Noch werden Vorbehalte in dieser Hinsicht gemacht. Aber wenn so ernsthafte Politiker wie Renaudel mit stürmischer applaudierter Entscheidung davon sprechen, daß die Arbeiterklasse unter Umständen zum Aufstand gegen die kriegerisch-kapitalistische Welt schreiten und sich schon jetzt darauf vorbereiten müsse, dann darf man wohl hoffen. Und wenn weiter stark betont wurde, daß es nicht bei Worten bleiben, sondern daß ihnen Taten folgen müssen, dann ist das mehr, als was Bestimmen von diesem Kongreß erwarteten.

Der Weltkrieg, seine Ursachen und Wirkungen sprechen allerdings deutlich genug. Im allgemeinen beherrschte den Kongreß etwa die Meinung, daß die Erfahrungen, die gegenwärtige Lage und die Stellung dazu Vorkämpfer der Welt und der künftigen Aktionen des Weltproletariats sein müssen. Diese Schlussfolgerungen zieht man aus der Entwicklung des letzten halben Jahrhunderts. Vom strengen grundsätzlichen Standpunkte aus sind da Unstimmigkeiten zwischen Theorie und Praxis wohl nicht ganz zu vermeiden. Das muß besonders auch von dem Beschluß zur Kolonialfrage gesagt werden. Die von der Exekutive vorgelegte, früher an dieser Stelle kurz behandelte Resolution ist — nur wenig verändert — angenommen worden.

Die prinzipielle Frage, ob in der kapitalistischen Welt Sozialdemokraten Kolonialpolitik zulassen oder unterstützen sollen, ist nicht aufgeworfen und entschieden worden. Der Beschluß selbst aber ergibt, daß eine grundsätzliche Verneinung nicht beabsichtigt ist. Das könnte nach den bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiet, nach der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik bedenklich stimmen. Man kann Inhalt und Sinn der sehr ausführlichen Resolution auf die Formel bringen, daß alle bisherige und jede künftige kapitalistische Kolonialpolitik verneint werden muß. Der Schwerpunkt des Beschlusses liegt in der Aufzählung der Einzelheiten, wie sich der internationale Sozialismus eine wirklich kulturelle Kolonialpolitik denkt. Die Forderungen, die da aufgestellt sind, richten sich an die Regierungsgewalten der Gegenwart. Und es ist wohl kaum zu bestreiten, daß eine derart betriebene Kolonialpolitik ein Segen für alle unterdrückten und beherrschten Einwohnervölker sein würde.

Mit solchem Programm kann sich der internationale Sozialismus schon sehen lassen. Ob es auch nur nennenswerte Zustimmung in der bürgerlichen Welt finden wird, ist eine andere Frage. Ganz sicher ist, daß es bei den kapitalistischen Machthabern auf härtesten Widerstand stoßen muß und niemals von ihnen in seinen wesentlichen Teilen Zustimmung finden wird. Das heißt, daß dieses kolonialpolitische Programm ein Zukunftsbild ist, das erst Wirklichkeit werden kann, wenn der Sozialismus zur Macht gelangt. Vor seine Verwirklichung hinordnen, heißt in den härtesten Kampf treten gegen die kapitalistisch-bürgerliche Welt! In diesem Sinne hat die Internationale aufgestellt, die nunmehr die sozialistische Internationale aufgestellt hat, wenn in allen Ländern, die in Betracht kommen, danach gehandelt wird.

## Der Schwedentrust in Lettland

Eine Korruptionsaffäre

P. Riga, 11. August. (Sig. Bericht.)

Seit langem bemüht sich der schwedische Bündelholz-Trust, eine der stärksten Positionen des internationalen Kapitalismus in der baltischen Provinz Lettlands zu erringen. Die gesamte, recht bedeutende Bündelholzindustrie Lettlands sollte dem Trust gewisse finanzielle Leistungen auf Jahrzehnte hinaus verbrieft werden. Die bürgerliche Regierung Jurajewitsch unterzeichnete auch diesen Vertrag, konnte aber seine Ratifizierung im Parlament nicht durchsetzen, da die lettische Sozialdemokratie sich mit aller Kraft gegen diese Verletzung von Nationalinteressen wehrte.

Seit einigen Wochen gingen Gerüchte um, daß bei den Verhandlungen der Regierung mit dem Schwedentrust nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Der Führer der lettischen Sozialdemokratie, Abgeordneter Julius Jelms, trat schon am 8. Juli in einer großen öffentlichen Versammlung mit der Anklage hervor, daß in der Angelegenheit des Schwedentrustes

lischer Prüfung des vorhandenen Beweismaterials sich zum nächstbestmöglichen Vorgehen entschlossen hat.

Die unmittelbaren politischen Folgen traten sofort ein. Die Sozialdemokratie sowie einige andere Oppositionsgruppen diskutierten die Zusammenarbeit mit dem Finanzminister in den Parlamentskommissionen und forderten den Rücktritt des Finanzministers bis zur gerichtlichen Entscheidung. Die der Regierungskoalition angehörende Partei der Jungwirte erklärte, daß sie, sowie sich die Anschuldigungen der Mitglieder der Regierung als wahr erweisen sollten, aus der Koalition ausscheiden werde. Heber die wahren Folgen ist noch nichts bekannt. Die Sozialdemokratie ist aber entschlossen, den Kampf gegen die Korruption bis zum äußersten zu führen. Die Sozialdemokratie fordert strenge Untersuchung und gerichtliche Verfolgung aller Schuldigen.

## Die Ausschlußanträge gegen Hugenberg

D. Die deutschnationalen Zeitungen sind noch immer bemüht, die Dinge so darzustellen, als sei in Ostpreußen und Pommern eine erhebliche Strömung gegen den Reichstagsabgeordneten Hugenberg nicht vorhanden. Daß sie vorhanden ist, beweist jeder Tag, und daß auch der Ausschlußantrag gegen Hugenberg ordnungsgemäß gestellt und weitergegeben ist, gibt der Vorstand der Ortsgruppe Detmold der Deutschnationalen Volkspartei durch die Veröffentlichung der folgenden Erklärung in der Rippischen Tageszeitung an:

„Es entspricht den Tatsachen, daß dem Vorstand der Ortsgruppe Detmold der DVVP ein Antrag auf Ausschluß des Reichstagsabgeordneten Hugenberg aus der Partei zugegangen ist. Der Ortsgruppenvorstand hat, da er selbst nicht zuständig ist, den Antrag an den Vorstand des Landesverbandes Rippe weitergegeben.“

Uebrigens drohen die deutschnationalen Angestellten in Pommern und im östlichen Westfalen, in öffentlichen Versammlungen zum Fall Hugenberg Stellung zu nehmen, falls noch weiter in herabsetzender Weise gegen die deutschnationalen Parteimitglieder Stellung genommen wird, die Hugenbergs Ausschluß beantragt haben. Es würden nicht nur deutschnationalen Wähler aus Angestelltenkreisen hinter dem Ausschlußantrag gegen Hugenberg, sondern es hätten auch zahlreiche Bauern, Handwerker und selbständige Kleinbändler das Treiben Hugenbergs in der Deutschnationalen Partei gründlich satt.

Auf einem großen internationalen Meeting im Reichstheater Frankfurt am Main sprachen am Sonntag vor 1500 Menschen Genosse Preitsch, Deutschland, Bonczek, Belgien, Renaudel, Frankreich, Berkhoven, Niederlande, und Pöschel, Tschernsch, über den Brüsseler Kongreß und den Kampf gegen den Krieg.

### Verrechnungsgelder eine entscheidende Rolle gespielt

Wien. Sowohl am 8. wie auch am 10. Juli übergab Abgeordneter Julius Jelms dem Rigaer Regierungsrat Anlagematerial. In diesem Material geht hervor, daß das schwedische Kapital schon im Jahre 1919 versucht hat, Einfluß in Lettland zu gewinnen, und in diesem Zweck größere Geldsummen überwiesen hat.

Kerner ist festgestellt, daß vor etwa zwei Jahren eine Summe von mehreren zehntausend Dollar aufgewandt wurde, um zu erreichen, daß das lettische Finanzministerium keine Kommissionen auf Bündelholzarbeiten mehr erteile. In der Tat sind nach diesem Zeitpunkt keine Kommissionen mehr erteilt worden. Dem Abgeordneten Jelms wurde ferner von dem Rigaer Vertreter des Schwedentrustes ein Schreiben mitgeteilt, in dem der Vertreter des Schwedentrustes einen großen Beitrag dafür ausgesetzt habe, die Stimmen der Sozialdemokraten für den Bündelholzvertrag zu gewinnen.

Dieses gesamte Material, das die Sozialdemokratie der Reichstagskommission übergeben hat, wurde durch die Veröffentlichung eines Briefs bekannt, den der Schwedentrust an seinen Vertreter Jelms sandte und der zur rechten Zeit in die Hände der Opposition fiel. In diesem Brief macht der Trust seinem Vertreter Vorwürfe darüber, daß er

dem lettischen Finanzminister Jelms und dem Rigaer Rechtsanwalt Pirsonick vorläufig 50.000 Dollar ausgezahlt habe,

bevor noch die Ratifizierung des Vertrags abgeschlossen ist. Die Veröffentlichung dieses Briefs in der oppositionellen Presse ist eine Bombe im Reichstags. Die Photographie des Briefes wurde dem parlamentarischen Untersuchungsamt und dem Staatsanwalt übergeben. Die Regierungsbürokraten verließen den Reichstag als eine Fälligkeit hinzustellen. Man muß die einschlägige Erklärung der Angelegenheit durch das Gericht abwarten, um abschließend urteilen zu können. Eines steht aber fest, daß nämlich die Sozialdemokratie sich durch den Brief nicht leichtfertig zu diesem schweren Vorwurf hat hinreißen lassen, sondern erst nach reif-